

gezeigt, wie breit das Meinungsspektrum in sozialen und politischen Fragen in den Kirchen ist. Ein Konsens scheint in vielen Fragen und Positionen nicht mehr möglich, gemeinsame Formeln für diese äußerst unterschiedlichen Wahrnehmungen und Interessen zu finden ist aussichtslos. Und dennoch haben sich die Kirchen mit dem Konsultationsprozeß dem Anspruch gestellt und ihn teilweise wohl auch erfüllt, Gruppen miteinander ins Gespräch zu bringen, zwischen

den lange schon Sprachlosigkeit herrscht. Dieser eigentliche Prozeß ist nicht beendet, das Sozialwort sei nicht das letzte und abschließende Wort, könne dies und wolle es nicht sein, bekräftigten Barth und Homeyer in Berlin. Es gehe vielmehr um eine Selbstvergewisserung während eines fortdauernden Prozesses gemeinsamen Lernens – hin zu einer dringend erforderlichen neuen gesellschaftlichen Kultur.

Alexander Foitzik

„Es gibt nicht nur die Kostenseite“

#335 Fragen zur ökologischen Wirtschaftsreform an Hans Georg Nutzinger

Das Ausmaß der globalen Umweltzerstörung verlangt dringend nach einem ökologischen Umbau des Wirtschaftssystems gerade in den Industrieländern. Die Diskussion über den notwendigen Strukturwandel fällt jedoch in eine Phase, die durch massive ökonomische Probleme geprägt ist. Über Hindernisse und Chancen auf dem Weg zu einer öko-sozialen Marktwirtschaft in Deutschland sprachen wir mit dem Kasseler Wirtschaftswissenschaftler Hans Georg Nutzinger. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Herr Professor Nutzinger, droht heute angesichts der so grundlegenden ökonomischen Herausforderungen, allen voran der Massenarbeitslosigkeit, die ebenfalls dringliche ökologische Umgestaltung unseres Wirtschaftssystems aus dem Blick zu geraten? Bringt das Ringen um internationale Wettbewerbsfähigkeit einen Rückfall in Denkpositionen mit sich, für die Ökologie Innovationshemmnis und Wettbewerbsnachteil bedeutet?

Nutzinger: Die aktuelle Diskussion ist durch zwei entgegengesetzte Richtungen, geprägt. Die eine betont die Probleme Deutschlands, den verschärften internationalen Wettbewerb, die grundlegenden demographischen Veränderungen, die Sorge um Standortsicherheit und den zukunftsweisenden Umgang mit neuen Technologien. Für diese Seite ist die Ökologie ein weiteres Problem, das nun auch noch auf den ganzen Berg draufgepackt werden soll. Ökologie gilt ihr als Zusatzlast. Die Gegenposition leugnet keinesfalls die vielfältigen Probleme, die Standort Sorgen und demographischen Herausforderungen. Ihr Ansatzpunkt aber ist der, daß wenn ohnehin ein Strukturwandel unvermeidlich ist, dieser auch in eine ökologische Richtung gelenkt werden kann und soll.

HK: Ist dies nur eine Frage der Perspektive, oder beurteilt eine Seite die gegenwärtige Situation nicht angemessen?

Nutzinger: Es wäre sicherlich falsch, der einen oder anderen Seite eine grundsätzlich fehlerhafte ökonomischen Einschätzung der Situation zu unterstellen. Beide Richtungen lassen sich mit verschiedenen Ansätzen der ökonomischen Theorie verknüpfen: Für die eine Richtung bedeuten ökologische Rücksichtnahmen vor allem einen zusätzlichen Kostenfaktor. Die andere unterstreicht zum einen die Erträge, die die

sen Kosten gegenüberstehen – wobei ein grundsätzliches Problem darin liegt, daß mit diesen Erträgen oft nur mittel- und langfristig zu rechnen ist. Zum zweiten sieht die „optimistischere“ Richtung den ökologischen Strukturwandel unter dynamischer Perspektive: Länder, die wie Deutschland größere Anstrengungen auf ökologischem Gebiet unternehmen, haben dynamische Vorteile, die sogenannten „first mover advantages“.

„Die Natur saß nie mit am Verhandlungstisch“

HK: Wenn die Befürchtungen berechtigt sind, angesichts einer immer weiter fortschreitenden Globalisierung der Märkte und unter dem Druck internationaler Arbeitsteilung nicht mehr wettbewerbsfähig zu sein, wie lassen sich dann die Skeptiker zu einer positiveren und optimistischeren Sicht des ökologischen Umbaus bekehren?

Nutzinger: Ich würde zunächst einmal mit der Geschichte argumentieren. Die Standortdebatte ist keineswegs so neu. Sie begann bereits Ende des letzten Jahrhunderts, als beispielsweise asiatische Billiglohnländer in unsere Märkte eindringen – freilich in Bereiche, die heute keine Bedeutung mehr haben. Schon damals kristallisierten sich in der Diskussion die beiden Richtungen aus, die auch heute die Debatte bestimmen: Die eine Seite wollte versuchen, über eine Kostensenkung mit diesen Billiglohnländern zu konkurrieren. Die andere, die sich letztendlich durchgesetzt hat, unterstrich die Notwendigkeit, im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung in Deutschland auf bestimmte Produktionsbereiche nicht mehr weiter zu setzen, anderen Ländern in diesen Be-

reichen damit auch Entwicklungschancen einzuräumen, dafür aber bestimmte andere Sektoren besonders stark zu machen und eigene Vorteile zu nutzen: Deutschland verfügt wie andere Industrieländer auch über gut ausgebildete und motivierte Arbeitskräfte, damals wie heute. Mehr noch als damals aber zeichnet sich Deutschland heute zudem durch ein hohes Maß an Kooperationsbereitschaft, sozialem Konsens und Frieden aus.

HK: In welchen Produktionsbereichen muß ein Strukturwandel in ökologischer Richtung am dringlichsten beginnen und was bedeutet dies für die betroffenen Sektoren?

Nutzinger: Der Weg hin zur sozialen Marktwirtschaft, den Deutschland und andere Industrieländer seit dem Ende des letzten Jahrhunderts gewählt haben, war nur partiell ein Erfolgsweg. Die von Wirtschaftspolitikern und Tarifpartnern geschaffene soziale Marktwirtschaft in ihrer bestehenden Form stellt unbestritten eine große Errungenschaft dar. Nur darf nicht übersehen werden: Als diese ausgehandelt wurde, saß die Natur nie mit am Verhandlungstisch. In all den entscheidenden Schlüsselbereichen, die Deutschlands Wirtschaftsentwicklung nach dem Krieg bestimmt haben, hat man auf die Natur nie Rücksicht genommen. Es sind also gerade die traditionellen deutschen Führungsindustrien, wie Kohle, Bau-Steine-Erden, Chemische Industrie, Stahl, die im Rahmen eines ökologischen Strukturwandels ihres hohen Energie- und Ressourcenverbrauches wegen schrumpfen müßten, aber ohnehin wegen einer ganzen Reihe anderer, nicht ökologischer Bedingungen schrumpfen werden.

HK: Damit stellt sich aber wieder das grundsätzliche Problem der unterschiedlichen Sichtweisen: Sollen jetzt diese sowieso gefährdeten Bereiche auch noch mit ökologischen Auflagen belastet werden? Wer dagegen ist, wird für seine Haltung gute Gründe finden...

Nutzinger: ... die keineswegs leichtfertig abzutun sind. Wirtschafts- und Unternehmenspolitik muß verantwortungsvoll gestaltet werden. Es können nicht im Namen künftiger Generationen die heute Lebenden außer Lohn und Brot gesetzt werden. Dennoch sollte die Wirtschaftspolitik, sollten Arbeitgeber und Gewerkschaften in bezug auf einen ökologischen Umbau mutiger werden. Viele der gegenwärtig diskutierten Argumente sind zu defensiv und unterschätzen das kreative Potential der deutschen Wirtschaft. Es gibt doch eine Reihe von ermutigenden Ansatzpunkten, beispielsweise, daß gerade die strenge Umweltschutzgesetzgebung in Deutschland einen hohen Standard in der Umwelttechnologie gefördert hat, der sich seinerseits wieder positiv auf den Export solcher Technologien ausgewirkt hat. Wichtig ist zu sehen, daß es an der ökologischen Umstrukturierung nicht nur die Kostenseite gibt, sondern auch positive wirtschaftliche Effekte. Ich würde auch von den Unternehmern im Sinne Schumpeters erwarten, daß sie sich innovatorisch und dynamisch verstehen und nicht nur als Buchhalter des Bestehenden.

HK: Nun existieren ja eine ganze Reihe von Leitbildern –

Stichwort: nachhaltiges Wirtschaften – für eine ökologisch orientierte, ressourcen- und umweltschonende Wirtschaftsweise. Jüngst erst hat beispielsweise das Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie mit der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (vgl. HK, Dezember 1995, 641 ff.) ein umfassendes Konzept vorgestellt. Welche Leitbilder können Deutschland den Weg zur öko-sozialen Marktwirtschaft weisen?

Nutzinger: Ich halte die Leitbilder der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ für einen gelungenen Versuch, Begriff und Konzept der „Nachhaltigkeit“ für unser Wirtschaftssystem handlungsleitend zu machen und mit sozialer Phantasie auszugestalten. Sie orientieren sich wesentlich an drei Nachhaltigkeitsregeln: Die erste, die ursprünglich aus der Forstwissenschaft herrührt, besagt, daß alle erneuerbaren Ressourcen nur in dem Maße genutzt werden dürfen, wie ihre Regenerationsfähigkeit gesichert ist. Die zweite Regel ergibt sich aus der Anwendung des Nachhaltigkeitsprinzips auf die Fähigkeit der Natur, die menschlichen Einwirkungen und Störungen zu verkraften. Danach muß die Menge der in die Umweltmedien eingebrachten Schadstoffe und Emissionen an den assimilativen Kapazitäten der Natur ausgerichtet werden. Die dritte Regel, welche die erschöpfbaren Ressourcen betrifft, ist zugleich die für alle Industrieländer am schwierigsten zu erfüllende, weil sie den Löwenanteil ihrer Energie aus erschöpfbaren Ressourcen gewinnen. Im strengen Sinn aber können erschöpfbare Ressourcen gar nicht nachhaltig genutzt werden.

„Entscheidend ist die Abkehr von einem reinen Ressourcen-Bestandskonzept“

HK: Kommt hier auch das Konzept der „nachhaltigen Wirtschaftsweise“ an seine Grenzen?

Nutzinger: Nein, an diesem Punkt geht es aber um Kompromisse. Ich schlage daher den Begriff der „Quasi-Nachhaltigkeit“ vor. Damit soll ausgedrückt werden, daß das Leitbild der Nachhaltigkeit handlungsleitend bleiben soll, aber auch dem Umstand Rechnung zu tragen ist, daß heute und in absehbarer Zukunft ein totales Umsteuern nicht möglich sein wird. Als Richtungsangabe aber bleibt sie sinnvoll: Erschöpfbare Ressourcen sollten möglichst nur in dem Maße genutzt werden, wie Ersatz durch regenerierbare Ressourcen möglich ist.

HK: Dem Konzept der Nachhaltigkeit liegt eine grundsätzliche Wertentscheidung zugrunde: Künftige Generationen sollen die gleichen Lebenschancen besitzen wie wir. Wie läßt sich dieses hohe und zugleich ziemlich abstrakte Ziel in ökonomische Prinzipien umsetzen?

Nutzinger: Entscheidend ist dabei die Abkehr von einem reinen Ressourcen-Bestandskonzept. Das heißt, nicht die Frage, wieviel an Bestand überlassen wir den künftigen Ge-

nerationen, ist zentral, sondern die nach den Nutzungsmöglichkeiten der Ressourcen. Unsere Verpflichtung gegenüber den nachfolgenden Generationen entscheidet sich nicht nur am Verbrauch der erschöpflichen Ressourcen. Wir können unseren Verbrauch auch dadurch ausgleichen, daß wir ihnen ein größeres Wissen und verbesserte Technologien zur Nutzung der Bestände übergeben, so daß auch ein geringerer Bestand für sie einen hohen Nutzen hat. Auch hier liegen besondere Chancen für eine ökologische Umstrukturierung der deutschen Wirtschaft. Deren zentraler Vorteil lag nie im Bestand an Ressourcen, sondern immer am Bestand an Wissen, Technologien und Fähigkeiten.

HK: Heute haben auch die Warnungen der Umweltexperten eine andere Stoßrichtung, als es beispielsweise noch „Die Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome zu Beginn der siebziger Jahre hatte. Nicht so sehr die Ressourcenknappheit soll der Wirtschaft Grenzen setzen, sondern die begrenzte Belastbarkeit ökologischer Gleichgewichtssysteme...

Nutzinger: Daher ist es bei den genannten Nachhaltigkeitsregeln entscheidend, daß sie *gleichzeitig* gelten. Es reicht nicht, allein den Weg von den erschöpflichen hin zu den regenerierbaren Ressourcen zu verfolgen. Auch diese Strategie hat wieder ökologische Folgeprobleme wie beispielsweise einen erhöhten Flächenverbrauch. Die wirkliche Knappheit ergibt sich nicht nur aus dem physischen Aufkommen eines Stoffes, sondern aus der Gesamtheit der Bedingungen der Nutzung. Grundsätzlich aber gibt es keinen Königsweg zu einer nachhaltigeren Wirtschaftsweise. Dies gilt auch für eine weitere Regel eines an Nachhaltigkeit orientierten Wirtschaftssystems, die sogenannte Hartwick-Finanzierungsregel. Diese an sich wichtige Norm besagt, daß die Renten aus der Nutzung erschöpfbarer Ressourcen verwendet werden sollten, um Bestände an erneuerbaren und entsprechenden Technologien aufzubauen. Die Konsequenz aus dieser Regel kann aber nicht sein, die ganze Welt in eine Plantage für nachwachsende Rohstoffe zu verwandeln.

HK: Mit einer sich unter massiven ökonomischen Sachzwängen verschärfenden Öko-Debatte ist die Frage nach dem wirtschaftlichen Wachstum zu einem Signal- und Kampfbezug geworden. Muß künftig – wie gelegentlich prophezeit oder gefordert wird – ohne Wachstum gewirtschaftet werden, damit die ökologische Tragfähigkeit der Erde erhalten bleibt?

Nutzinger: Hierzu bedarf es einer dogmenhistorischen Vorbemerkung. Adam Smith, der mit dem „Wohlstand der Nationen“ (1776) sozusagen die Bibel der modernen Marktwirtschaft geschrieben hat, geht bereits von der Notwendigkeit des Wachstums aus mit der Begründung: Nur wenn wirtschaftliches Wachstum besteht, kann die Lage der unteren Klassen verbessert werden. Die Gerechtigkeitsfrage, natürlich auch die der Gerechtigkeit gegenüber kommenden Generationen, wird also eliminiert und durch die Wohlstandsfrage ersetzt. Wirtschaftliches Wachstum ermöglicht den gesellschaftlichen Konsens über die Reichtumsmehrung,

denn auch diejenigen, denen es schlechter geht, leben dann aus der Hoffnung auf Besserung. Die überaus erfolgreiche Verwirklichung des Smithschen Modells konnte in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg quasi im Zeitraffertempo beobachtet werden. Die Frage, die Smith und andere nicht gestellt haben, findet sich aber in den „Grundsätzen der Politischen Ökonomie“ von John Stuart Mill (1848), nämlich die, ob dieses Wachstum mit den natürlichen Grundlagen des Wirtschaftens vereinbar ist.

HK: Muß die Antwort beim heutigen Wissen um den Zustand des „Raumschiffs Erde“ und den ökologischen Umbau im Blick ein kräftiges Nein sein?

Nutzinger: Die Frage nach dem Wachstum kann weder mit einem Ja noch einem Nein beantwortet werden. Entscheidend ist, welche Konsequenzen die Beachtung von nachhaltigen Bewirtschaftungsformen auf wirtschaftliches Wachstum hat. Nicht als Ziel, als Konsequenz wird das Wachstum eines nachhaltigen, also weniger ressourcen- und energieintensiven Wirtschaftens geringer werden. Einige Einbußen werden zwar durch neue Wachstumsfelder kompensiert werden können. Es wäre aber keinesfalls sinnvoll, der Öffentlichkeit weiszumachen, man habe mit einer nachhaltigen Wirtschaftsweise die gleichen Wachstumsraten wie zuvor, nur eben jetzt als ökologisches Wachstum.

„Es sind andere Formen der Produktnutzung und der Produktverantwortung nötig“

HK: Wie müssen Produkte und Produktionsprozesse gestaltet sein, um den genannten Leitbildern eines an Nachhaltigkeit orientierten Wirtschaftssystems zu entsprechen?

Nutzinger: Ein wichtiges Prinzip dafür, das Wirtschaften und Arbeiten in Kreislaufprozessen, kann von der Natur selbst abgeschaut werden. Dem Menschen, der ein ausgesprochen lineares Denken hat, ist dieses jedoch eher fremd: Stoffe werden bisher der Natur entnommen, in Produktionsprozessen zu Gütern transformiert, dabei entstehen Abfälle, und die Güter selbst werden nach einer bestimmten Zeit ebenfalls zu Müll. Es wird immer mehr wertloser Stoff produziert. Dieses lineare Wirtschaften bedeutet eine gewaltige menschengemachte Zunahme von Entropie. Die Orientierung an Nachhaltigkeit würde dagegen Kreislaufprozessen, der Wiederverwendung und Recyclierung eine sehr viel größere Bedeutung verleihen. Bei den konkreten Produkten würden Langlebigkeit, Benutzerfreundlichkeit, Reparaturfähigkeit immer mehr zu entscheidenden Qualitäten werden. Auch hier liegt wiederum eine große Stärke der deutschen Wirtschaft, die sich doch immer durch hohe Qualität, Langlebigkeit und Reparaturfreundlichkeit ihrer Produkte ausgezeichnet hat.

HK: Werden sich diese Produkte und ihre Produzenten aber auf den internationalen Märkten behaupten können?

Nutzinger: Wer heute auf Langlebigkeit setzt, muß mit verhältnismäßig teuren Produkten in Konkurrenz zu Billigprodukten mit kurzer Lebensdauer treten, die sofort gekauft werden. Dies zeigt, daß die Umgestaltung sehr grundlegend und umfassend sein muß. Es sind damit auch andere Formen der Produktnutzung nötig: Gemeinsame Nutzung, Nutzung auf Zeit, die Weiterentwicklung von Formen des Leasings u. a. m. Die Produzenten übernehmen die Verantwortung für die Rücknahme ihrer Produkte. Dazu aber müssen auch die Gesetzgeber aktiv werden, und zwar europaweit. Nötig werden Regeln, die diese Verantwortlichkeit, Haftung und Verpflichtung der Produzenten über die ganze Lebensdauer von Produkten festschreiben. Damit aber würden Produkte vom Markt verdrängt, die heute noch einen großen Vorteil besitzen. Billigproduzenten wären gar nicht in der Lage, eine solche Produktverantwortung zu übernehmen.

HK: Welche Rahmenbedingungen und Spielregeln sind überhaupt notwendig auf dem Weg zur ökosozialen Marktwirtschaft? Es scheint sich ja durchaus mittlerweile ein Konsens herausgebildet zu haben, daß die umweltpolitische Gestaltung alleine auf ordnungsrechtlicher Basis nicht funktionieren kann.

Nutzinger: Das Ordnungsrecht hat sich über weite Strecken bewährt. Der Vorteil liegt in seiner vordergründigen Einfachheit; es lassen sich klare Regeln festlegen. Aber es haben sich eben auch die Grenzen ordnungsrechtlicher Maßnahmen gezeigt. Dies läßt sich am besten mit dem Märchen vom „Riesen“ Gulliver im Lande Liliput erklären: Der „Riese“, der mit tausend hauchdünnen Fädchen gebunden ist, kann sich nicht mehr bewegen. Wenn das Ordnungsrecht immer weiter ausgedehnt wird, besteht die Gefahr, daß es der deutschen Wirtschaft ebenso ergeht wie Gulliver. Vor allem die Kreativität des Wirtschaftssystems wird gebunden, die Überregulierung kann strangulierend wirken.

HK: Meist wird daher ein Mix aus ordnungsrechtlichen und ökonomischen Instrumenten vorgeschlagen. Welchen Vorteil haben letztere für Gulliver?

Nutzinger: Das Ordnungsrecht kann auf Kosten und Ertrag keine Rücksicht nehmen. Es schreibt bestimmte Standards vor, egal wie teuer oder wie billig deren Einhaltung ist. Hier liegt der große Vorzug der ökonomischen Instrumente, die diese Abwägung erlauben. Sie zielen darauf ab, den Umweltschutz vorrangig dort einzuführen, wo dies mit möglichst geringen Kosten und zugleich mit möglichst hoher Effizienz möglich ist. Dieser Effekt kann sich bei ordnungsrechtlichen Regelungen nicht einstellen. Das ist einer der Gründe dafür, warum man auf ökonomische Instrumente setzt, insbesondere auf ökologisch orientierte Steuern und Abgaben.

HK: Quasi vor der Einführung ökologisch begründeter Steuern und Abgaben drängen Ökologen vor allem darauf, beim Versagen des Marktes selbst anzusetzen. In Marktwirtschaften findet die Steuerung der Nutzung von Ressourcen über die Preise statt – Umweltnutzung gab es bisher jedoch mehr

oder minder zum Nulltarif. Welchen Stellenwert hat die eingängige Forderung, „Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen“, für eine ökologische Umgestaltung der Wirtschaft?

Nutzinger: Ökologisch wahrhafte Preise, die jedoch im übrigen konkret sehr schwer zu ermitteln sind, liefern vor allem richtige ökologische Anreize. Bisher ist es ja so, daß unser Handeln sich zurecht an relativen Preisen ausrichtet. Mit dem, was teuer ist, also einen hohen Wert besitzt, gehen wir schonend um. Dinge, die nichts oder nur wenig kosten, halten wir für wertlos und vergeuden sie entsprechend. Wird Naturverbrauch verteuert, wird er eingeschränkt. Wenn die Preise die ökologische Wahrheit sagen, entstehen vor allem aber auch Anreize zur Entwicklung von Technologien, Anlagen und Maschinen, die die Natur weniger beanspruchen als die vorhandenen alten. Damit wird es rentabel, menschlichen Forschergeist für die Schonung, nicht für den Verbrauch von Natur einzusetzen; technischer Fortschritt bekommt so eine ökologische Ausrichtung.

HK: Viele Ökologen und Ökonomen kritisieren vor allem, marktwirtschaftliche Prinzipien würden durch staatliche Interventionen an einer umweltverträglichen Entfaltung gehindert...

Nutzinger: Das ifo-Institut in München hat in mehreren Studien eindrucksvoll gezeigt, wieviele bestehende Regelungen des Steuer- und Subventionsrechts tendenziell ökologiefeindlich sind. Niemand, auch nicht Brüssel, würde uns hindern, diese Fehler umgehend zu beheben. Es gibt ein weites Feld von solchermaßen der Umwelt abträglichen Subventionen, die zugleich den Staatshaushalt binden, zum Beispiel staatlich begünstigter Flächenverbrauch durch extensive Zersiedelung. Dabei handelt es sich um Größenordnungen von mehreren Milliarden Mark. Es ist nahezu unverständlich, wenn allerorten der Subventionsabbau gefordert wird, daß der Bereich ökologieschädlicher Subventionen nicht angegangen wird.

HK: Derzeit werden in allen Parteien, in Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden die unterschiedlichsten Modelle für eine ökologische Steuerreform diskutiert, die sich aber etwa in bezug auf das, was versteuert werden soll, oder die Verwendung des Aufkommens erheblich unterscheiden. Von Seiten der Wirtschaft bestehen gegen die Einführung einer solchen Steuer erhebliche Vorbehalte. Wie groß werden die Belastungen für diese tatsächlich ausfallen?

Nutzinger: Die Vorschläge lassen sich grundlegend in zwei Gruppen einteilen. Die einen wollen im Kern Primärenergie besteuern und sehen ergänzend Schadstoffsteuern vor. Die andern wählen als zentralen Ansatzpunkt die Schadstoffemissionen. Diese Unterscheidung ist insofern zentral, als das Aufkommen bei einer Energiebesteuerung mindestens um eine Zehnerpotenz höher liegt als bei Schadstoffsteuern.

HK: Wozu sollen die Steuereinnahmen verwendet werden und wie läßt sich verhindern, daß durch die Verwendung das

eigentliche Ziel solcher ökologisch motivierter Steuern konkretisiert wird?

Nutzinger: Die Frage der Verwendung des Steueraufkommens hat eine juristische und eine politische Seite. Wenn ökologisch orientierte Abgaben im juristischen Sinne zweckgebunden werden, ergeben sich eine ganze Reihe von Schwierigkeiten, weil solche Abgaben als Sonderabgaben gelten und damit einer sehr strengen Rechtsprechung unterliegen. Skepsis ist dabei aber auch angebracht, weil damit das Haushaltsbewilligungsrecht des Parlaments faktisch ausgeschaltet wird. Es ist sicherlich sinnvoller, die Erhebung solcher Steuern mit klaren politischen, nicht juristischen Aussagen zu verbinden. Ein Beispiel dafür sind Vorschläge, das potentielle Steueraufkommen mit erhöhten Zuschüssen des Bundes für die Abgeltung beitragsfördernder Leistungen zum Beispiele im Bereich der Bundesanstalt der Arbeit zu verknüpfen. Dies würde bedeuten, daß insgesamt das Steuer- und Abgabenniveau nicht steigt. Wenn es so möglich würde, die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Arbeitslosenversicherung, und damit Lohnnebenkosten zu senken, käme das einer zentralen Forderung der Wirtschaft entgegen.

HK: Ein Einwand gegen eine ökologische Steuerreform lautet, damit sei keine verlässliche Finanzquelle gefunden, denn diese Einnahmen würden nicht nur stagnieren, sondern zurückgehen. Wie ernst ist dieser Einwand zu nehmen?

Nutzinger: Keines der gegenwärtig gehandelten Konzepte sieht vor, daß auf einen Schlag eine hohe Energiesteuer eingeführt wird. Schon die ersten Modelle sahen immer eine Einführung in schrittweisen Prozessen vor, angelegt über zehn, fünfzehn oder auch dreißig Jahre. Damit können alle Beteiligten einerseits verlässlich wissen: Energie und andere erschöpfliche Ressourcen zu verbrauchen, wird in Zukunft immer teurer werden, und es ist daher sinnvoll, sich möglichst früh umzustellen. Andererseits hat man eben für diesen Umsteuerungsprozeß auch die nötige Zeit. Dies bedeutet wiederum, daß das Aufkommen zunächst einmal zunehmen würde.

HK: Würde aber nicht dennoch irgendwann der Punkt erreicht, an dem das Aufkommen nicht mehr weiter steigt?

Nutzinger: Doch, aber das heißt nichts weiter, als daß dann erneut darüber nachgedacht werden muß, wie beispielsweise dann noch verbleibende beitragsfremde Leistungen bei der Arbeitsförderung zu decken sind. Aktuell stellt sich diese Frage jedoch wirklich nicht. Es geht ja ökonomisch nicht darum, den Umweltverbrauch auf Null zu führen – dies ist schlicht unmöglich –, sondern ihn ökonomisch zu optimieren und auf ein ökologisch vernünftiges Maß zurückzuführen. Davon aber sind wir soweit entfernt, daß wir uns heute wirklich nicht Gedanken darüber machen müssen, was in zwanzig oder dreißig Jahren sein wird. Die Tatsache, daß ökologische Steuern – gerade dann, wenn sie eine Lenkungswirkung besitzen – nicht in den Himmel wachsen werden, bedeutet lediglich, daß es nicht möglich ist, das Steuersystem allein

etwa auf eine Energiesteuer abzustellen. Wir brauchen auch weiterhin einkommensabhängige Steuern und die Mehrwertsteuer.

HK: Welches der derzeit diskutierten Öko-Steuermodelle verspricht dabei die größte Effizienz für die Umwelt? Schließlich gibt es auch Überlegungen, das Steueraufkommen müsse zumindest zu einem Teil direkt zur Förderung von Umweltprojekten verwendet werden.

Nutzinger: Unabhängig davon, wohin die Steuereinnahmen fließen, hat eine ökologische Steuer immer einen Umweltnutzen, weil sie in jedem Fall dazu führt, daß die umweltbelastende Aktivität verringert wird, auch wenn die Einnahmen in ganz andere Bereiche fließen. Die Überlegung ist natürlich naheliegend, diesen Effekt noch einmal zu verstärken, dadurch, daß man nicht nur die schädigende Wirkung zurückführt, sondern auch weitere günstige Wirkungen erzeugt. Da entsteht nun aber das grundsätzliche Problem, daß es zwischen der Ergiebigkeit einer Steuer und der Dringlichkeit des Bedarfs keine Entsprechung gibt. Es kann Bereiche geben, bei denen eine ökologisch orientierte Steuer sehr wenig erbringt, und trotzdem herrscht dort besonderer ökologischer Handlungsbedarf. Umgekehrt sind auch Bereiche mit hohen Einnahmen denkbar bei gar nicht so hohem Ausgabenbedarf. Prinzipiell aber gehören alle Steuereinnahmen in den allgemeinen Staatshaushalt. Wenn der politische Wille vorhanden ist, ökologisch aktiver zu werden, dann muß dazu eben eine direkte Entscheidung des Parlamentes fallen.

„Wir können nicht allein zur Insel der ökologisch Seligen werden“

HK: Um der gefürchteten „Öko-Steuer“ zu entgehen, entschloß man sich von seiten der Industrie zu Selbstverpflichtungserklärungen. Was ist davon zu halten?

Nutzinger: Wenn die politisch angestrebten Ziele durch nachprüfbare Selbstverpflichtung der Industrie selbst erreicht werden können, wäre der Verzicht auf die Einführung der Steuer mit gleicher Zielsetzung durchaus überlegenwert. Selbstverpflichtungen leben häufig davon, daß im Hintergrund der Gesetzgeber steht, der auch anders könnte, und die Drohung mit der Einführung einer Ökosteuer kann durchaus schon die gleiche Wirkung haben wie deren Einführung selbst. Auch Vorschläge, erreichte und nachprüfbare Selbstverpflichtung steuerlich anzurechnen, sind durchaus sinnvoll. Das große Problem jedoch bei Selbstverpflichtungen bleibt die Durchsetzung und Kontrolle.

HK: Der zentrale Vorbehalt gegen die Durchführung einer ökologischen Steuerreform ist die Furcht vor einem nationalen Alleingang Deutschlands. Wie ernst ist diese zu nehmen?

Nutzinger: Wenn nur in Deutschland energie- und ressourcenintensive Produktion verteuert wird, ermöglicht dies

zwar einen ökologischen Strukturwandel, die ökosoziale Bilanz, die unter globaler Perspektive zu ziehen ist, verbessert sich dennoch nicht, denn Deutschland exportiert dann nur Arbeitsplätze, beispielsweise in die GUS-Staaten, und importiert die gleichen energie- und ressourcenintensive Produkte von anderswo. In den Exportländern aber wird unter Umständen wegen des schlechteren technischen Standards mit noch höherem Umwelt- und Ressourcenverbrauch das gleiche weiter produziert. Ökologisch und auch sozial wäre in jedem Fall nichts gewonnen. Das heißt: Deutschland kann allein nicht zur Insel der ökologisch Seligen werden. Die Argumente gegen einen permanenten nationalen Alleingang sind durchaus richtig, sowohl aus ökologischen wie aus sozialen Gründen.

HK: Das Ausmaß der Umweltkrise erlaubt es aber nicht mehr, daß jeder auf den anderen wartet und alle zusammen immer auf den letzten. Was ist in Deutschland für eine ökologische Wende des Wirtschaftens also zu tun?

Nutzinger: Deutschland kann wichtige Anstöße geben, im Sinne der Bildung einer kritischen Masse – und dabei soll

nicht vergessen werden, daß uns in bezug auf die Orientierung an Nachhaltigkeit die Niederländer vorangegangen sind –, es kann versuchen, international Bewußtsein zu formen. Eine grundsätzliche Schwierigkeit besteht dabei, daß die westliche Führungsmacht USA, die in puncto Umwelt- und Ressourcenverbrauch eine ganz unrühmliche Spitzenstellung hat, keine Führungsrolle übernimmt. Auch US-Vizepräsident *Al Gore*, der eines der wegweisendsten Bücher zur ökologischen Wende verfaßt hat, will in erster Linie wiedergewählt werden. Die ökologische Führung muß also von einer Gruppe anderer Staaten übernommen werden. Denkbar aber wäre auch – wie dies die SPD im Sommer vorgeschlagen hat –, daß Deutschland keinen Alleingang, sondern einen zeitlich begrenzten Vorausschritt unternimmt. Die Einführung der ökologischen Steuerreform bleibt befristet. Zu einem bestimmten Zeitpunkt müssen andere Staaten nachgezogen haben. Im Moment segelt jeder im Windschatten des anderen. Deutschland aber ist eines der Länder, das über sehr gute Voraussetzungen für eine ökologische Orientierung seines Wirtschaftssystems verfügt, und es sollte diese Chancen nutzen.

Grenzen der Vielfalt?

Geistliche Bewegungen in der Kritik

Die Kritik an geistlichen Gemeinschaften und Bewegungen bzw. bestimmten unter ihnen ist so alt wie diese Gruppierungen selbst. Eine realistische Einschätzung ohne falsche Idealisierung und Dämonisierung geschieht eher selten. Sowohl innerkirchlich wie auch für das Ansehen der Kirche nach außen ist hier noch viel Unterscheidungsarbeit zu leisten.

An einigen geistlichen Gemeinschaften und Bewegungen in der katholischen Kirche (vgl. HK, September 1986, S. 428 ff.) scheiden sich gegenwärtig die Geister, innerhalb der Kirche wie auch außerhalb. In den Medien ist die Kritik an ihnen ein beliebtes Kapitel innerhalb der Kirchen-Berichterstattung. Manche dieser Bewegungen hat die Kritik bekannter gemacht, als sie vermutlich je allein durch eigene Aktivitäten geworden wären. Die Lage in den Bewegungen ist, zumal von außen, schwierig einzuschätzen, und die Diskussion über dieses Thema ausgesprochen unübersichtlich.

Auf der einen Seite lassen sich die geistlichen Gemeinschaften und Bewegungen insgesamt *mehr und mehr in Ortskirchen integrieren*, etablieren sich und normalisieren ihre Beziehungen zu den traditionellen kirchlichen Strukturen. Dies setzt in der Regel Anpassungen und Kompromisse voraus, Rücksichtnahmen struktureller und inhaltlicher Art. Beispiele hierfür sind etwa die mit seiner jetzt von den Bischöfen gebilligten Strukturreform einhergehende Öffnung des *Zentralkomitees der deutschen Katholiken* für solche Gruppierungen (vgl. Miteinander auf dem Weg, Arbeitspapier des Ständigen Arbeits-

kreises „Geistliche Gemeinschaften“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken); oder die vermehrte Einbindung geistlicher Gemeinschaften in die *kirchlich-pastorale Verantwortung*, indem Mitglieder von ihnen die Leitung von Pfarrgemeinden bzw. andere Dienste in Diözesen übernehmen.

Auf der anderen Seite sind einige Bewegungen weiterhin und mehr denn je *Gegenstand berechtigter, wie aber auch überzogener Kritik*. Die Grenzen zwischen berechtigter und notwendiger Kritik und solcher, die zwar bestimmte kirchenkritische Erwartungen einer breiteren Medienöffentlichkeit bedient, nicht aber als sachgerecht gelten kann, lassen sich dabei oft nicht leicht ziehen. Zur Unübersichtlichkeit trägt auch bei, daß ein großer Teil der Literatur, die sich mit diesem Thema befaßt, von Autoren stammt, die entweder kritiklos „pro“ eingestellt sind oder aber kämpferisch „contra“ argumentieren.

Das Paradebeispiel hierfür ist nach wie vor das *Opus Dei* (vgl. HK, März 1983, 122 ff.). Ein Ende der Auseinandersetzung um das „Opus Dei“ ist nicht in Sicht. Weiterhin ist es beliebter Gegenstand journalistischer, z. T. tendenziöser Enthüllungversuche in bezug auf seine vielfältigen, aber für